

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Jeruprecher Nr. 92a.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 149.

Mittwoch, den 28. Juni 1916.

23. Jahrg.

Wenn die Stunden schlagen.

Die Sozialdemokratie hatte den Weltkrieg kommen sehen. Daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung in Verbindung mit der Politik der europäischen Staaten den Weltbrand entfesseln, ihn als eine unvermeidliche Katastrophe heraufbeschwören würde, bewiesen die Tatsachen genugsam für uns Sozialisten, denen die treibenden Kräfte in der Geschichte der Menschheit wohl bekannt sind. Aber als die Stunde des Weltkrieges, des so oft treffend vorausgesagten, schlug, da fühlten wir uns unvorbereitet, verwirrt, enttäuscht, übertrübt. Und zur allgemeinen Not der Menschen Europas, zum Jammer, den das jahrelange Blutvergießen auf den Schlachtfeldern und die wirtschaftlichen Folgen des Krieges heraufbeschworen, kam die Tragödie der Sozialdemokratie, die Gefahr des Zusammenbruchs einer Organisation, an der Tausende und Abertausende von Proletariern, ungenannten Helden, deren Namen verklungen sind und die doch ihr Bestes für die große Sache ihrer Klasse geboten haben, mitgearbeitet haben, einer Organisation, der führende Männer der Tat, wie Bebel, der geniale Denker wie Marx, wie Engels, wie Lassalle ihr geistiges Rüstzeug geliehen hatten. In Konflikt gerieten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die Ideale der Zukunft, unsere Sehnsucht nach der Verbrüderung der Menschheit, nach der Vereinigung aller Völker, unser internationales Solidaritätsgefühl, unser Entsetzen vor dem Krieg und seinen Wirkungen, unsere Enttäuschung über imperialistische Pläne profitierender Interessenten mit der zwingenden Notwendigkeit, das Proletariat des eigenen Landes vor dem einzigen Unglück zu bewahren, das noch schlimmer ist wie der Krieg: vor der vernichtenden Niederlage des Deutschen Reiches, die nichts sein würde, als der Keim zu einem neuen Kriege, als Ausprägung des deutschen Proletariats durch maßlose Steuern zugunsten der entschädigungsberechtigten Sieger, als ungeheure Arbeitslosigkeit durch Abschmürung der Rohstoffzufuhr und des Warenabfluges, als Unterjochung deutscher Gebiete durch eine Fremdherrschaft, die namentlich im Osten mit brutaler Grausamkeit gehandhabt werden würde.

Wir wollten keinen Krieg; unser heiligstes Bestreben war, das Blutvergießen auf den Schlachtfeldern zu vermeiden. Und deshalb beschränkten wir uns gewöhnlich darauf, vor dem Kriege zu warnen, statt uns auch klarzumachen, was geschehen soll, wenn trotz unserer Warnungen der Krieg ausbrechen würde, weil die sozialistische Internationale nicht stark genug sein würde, ihn zu verhindern.

Statt uns in Einigkeit zusammenzufinden, entzweiten wir uns. Statt aus dem grauenhaften Ereignis den einen Trost zu ernten, daß wir die Nutznießer des furchtbaren Völkerringens sein würden, gerade weil wir durch die Tat bewiesen, daß wir die ideale Begeisterung für die internationalen Bestrebungen des Völkerr Friedens mit der tapfersten Hingabe an das eigene, durch äußere Feinde bedrohte Volk zu vereinen mußten, verschlimmerten wir die Hebel der trostlosesten aller Zeiten durch Zwietschach und wütende Konflikte. Der Krieg fiel ganz anderen Mächten zur Last, wie der internationalen, der deutschen Sozialdemokratie, wenn auch die Sozialdemokratie als Sachwalterin des Proletariats das eigene Land in der Stunde der Gefahr nicht im Stich ließ. Innerer Hader drohte uns, bald nach Ausbruch des Krieges, um die Früchte unserer Arbeit zu betrügen.

Man ist nicht ungestraft unvorbereitet, wenn die Stunden schlagen.

Der Krieg kam; in rasendem Wahnsinn tobt er sich in jahrelangen Bluthäusern aus. Die deutsche Sozialdemokratie suchte Verbindung mit den Genossen Englands, Frankreichs, Belgiens, auf daß der Friede von den Proletariern aller Länder vorbereitet werde.

Der Versuch scheiterte. Wir erheben keine Vorwürfe gegen die Genossen anderer Länder. Auch sie glaubten, im Interesse des Proletariats ihres Landes nicht anders handeln zu können, als sie handelten. Durch Vorwürfe entzweiten wir uns gegenseitig nur noch mehr. Und wir werden uns ja schließlich doch wieder zu einander finden, finden müssen, nicht nur, weil erhabene Ideen einer weltumspannenden Solidarität uns dazu veranlassen, sondern weil die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Proletarier aller Länder uns dazu zwingen.

Dank der Disziplin und Opferwilligkeit der deutschen Soldaten, nicht zum wenigsten unserer Genossen, errangen die Heere Deutschlands militärische Erfolge; es verging ein Jahr; es nahen die zweiten Kriegswinter. Da stellten sich im Reichstag vor den Augen der bürgerlichen Welt Vertreter der Sozialdemokratie in schroffem Gegensatz zu ihren eigenen Genossen. Es kam der Frühling und das Schauspiel vom Dezember wurde in verwickelter Weise fortgesetzt. Wo sich nur irgendeine Meinungsverschiedenheit herausklauben ließ, kam der Gegensatz von Vertretern einer und derselben Partei in den Abstimmungen zum Ausdruck. Eine Minderheit warf ihren Kollegen, ihren Genossen den Gehbehändel entgegen — in ehrenhafter Absicht, aber mit welcher Wirkung?

Die Zeit des unseligen Krieges rann und je öfter die Stunden seit dem Beginn der ersten verhängnisvollen Augusttage des Jahres 1914 schlugen, um so mehr untergrub der Hader den stolzen Bau der siegewohnten Sozialdemokratie.

Auch die Stunde des Friedens wird einmal schlagen. — Dann werden unsere Feldgrauen heimkehren zu Weib und Kind, dann werden sie zurücktreten in die Reihen ihrer Genossen, ihrer Gewerkschaften, ihrer politischen Organisation und werden fragen: Was habt ihr während des Krieges für unsere Familien und für uns getan? Was habt ihr getan, um für die Zeit nach dem Kriege, den ihr nicht verhindern konntet, bessere Verhältnisse zu schaffen?

Dann werden die bestehen können, die während des Krieges für die Proletarier gearbeitet haben, und nicht die, welche den Bruderkrieg in den Reihen ihrer Organisation entfesselt haben! Das gilt für die Genossen aller „Richtungen“, für die, die sich vermessen, durch neue Wege staatsmännischer Schlaueit viel praktischer für die Gegenwart arbeiten zu können, wie die anderen; das gilt für die, welche sich anmaßen, viel „radikaler“ und „prinzipienfester“ wie die anderen den Zukunftsidealen der Sozialdemokratie dienen zu können.

Sie werden nach ihren Taten beurteilt werden, nicht nach ihrem Wollen, sondern nach ihrem Vollbringen. Wer aber die Einigkeit des sozialdemokratischen Proletariats untergräbt, wirkt unter allen Umständen reaktionär und

ist radikal nur in der Förderung der Feinde des Proletariats, die ein Interesse daran haben, daß die Einheit oder wenigstens die Einigkeit der Sozialdemokratie in die Brüche geht, damit sie dem wehrlos gewordenen Proletariat den Fuß auf den Nacken setzen können.

Wenn wir nicht vorbereitet sind, wenn die Stunden schlagen, dann geht es uns, wie in Zeitungsartikeln sentimentalem Gedicht: „Die Stunde kommt, die Stunde naht, wo ihr an Gräbern steht und klagt“.

An den Gräbern derer, die der Weltkrieg vernichtet, klagen Millionen; geht die Zwietschach in unseren eigenen Reihen weiter, dann werden wir bald am Grabe unserer Partei, am Grabe einer Organisation stehen, der nie ein solcher Machtzuwachs wie nach dem Kriege näher gewesen wäre, wenn sie einig geblieben wäre.

Wir wollen nicht wieder unvorbereitet sein, wenn die Stunden schlagen.

Wer seine ganze Kraft einsetzt, um die unbedingte Einigkeit unserer Partei, diese erste Voraussetzung aller Erfolge, wieder zu erlangen, der wird nicht nur vor seinem Gewissen bestehen können, wenn jene Stunde schlägt, der wird schon vorher vor den anderen gerechtfertigt erscheinen, wenn die Stunden schlagen, in denen die durch die Kriegsnöte heraufbeschworenen Leidenschaften schweigen und das Proletariat Selbstbesinnung kommt.

Von den Kriegsschauplätzen.

Seit dem 18. Juni kehren in unseren Generalstabsberichten in regelmäßigen Zwischenräumen die Bemerkungen wieder, daß auf dem Frontabschnitt zwischen der belgisch-französischen Grenze und der Somme eine lebhafteste Gefechtsstätigkeit herrscht. Die belgisch-französischen Grenze wird von den Fronten ungefähr bei Armentières geschnitten. Die Schlacht tobt demgemäß südlich dieser Stadt. Am 25. Juni macht unser Generalstab einige genauere Mitteilungen über die Punkte, wo der Feind hauptsächlich seine Tätigkeit entwickelt. Es handelt sich um den Frontabschnitt südlich des Kanals von La Bassée bis über die Somme hinaus. Lens und Vortort wurden mit schwerem Feuer besetzt.

Nach den letzten Berichten ist kaum daran zu zweifeln, daß sich an der vorgenannten Front, die sich bis heiderseits der Somme ausgedehnt hat, größere heftige Kämpfe von erster Bedeutung abspielen. Offenbar haben die Engländer hier wiederum den von den Franzosen lange erwarteten Entlastungsangriff gemacht, der für Verdun ein wenig Luft schaffen soll. In englischen Blättern ist seit Wochen zu lesen, daß nun die „große Generaloffensive“ kommen soll, die durch den russischen Angriff in Galizien und in der Bukowina eingeleitet worden ist. Auch französische Blätter melden schon seit längere Zeit den beachtlichen Generalangriff als bevorstehend, der das Schicksal dieses Krieges entscheiden soll. Man wird erst nähere Nachrichten von deutscher maßgebender Seite abwarten müssen, ehe man zu diesen Kämpfen Stellung nehmen kann.

Den österreichischen Geländegewinn an der italienischen Front haben unsere Verbündeten nicht in vollem Umfang halten können. Wie der gestrige und heutige österreichisch-ungarische Heeresbericht erkennen läßt, haben unsere Bundesgenossen die für die Verteidigung ungenügend gestalteten vordersten Linien zwischen Brenta und Etsch geräumt.

In der französischen Presse wirkt die geheime Kammerführung immer noch fort. Der nationalpolitische Abgeordnete Barres verteidigt sich und seine Freunde auf der Rechten gegen den Vorwurf, daß sie für die Souveränität des Parlaments gestimmt haben. Er gesteht dabei offen ein, daß die Rechte ihren Haß gegen das Parlament überwunden habe, weil ohne ihre Zustimmung zu der Tagesordnung vom 22. Juni die Regierung gefallen wäre.

Der Senator Debierre bespricht im „Radical“ die Geheimhaltung der Kammer. Die Senjur hat seine Ausführungen stark beschnitten, doch ist immerhin aus einzelnen Sätzen zu erkennen, daß die Kammer geradezu erschüttert war durch die Mitteilung der Höhe der Verluste in den Kämpfen um Verdun. Auch Clementel erzählt in seinem Blatte, daß die Anfänge der Schlacht von Verdun die Tatsache enthüllt hätten, daß alles, was die Parlamentskontrolle früher festgestellt und an Verbesserung verlangt habe, einfach nicht ausgeführt worden sei. Clementel hält es deshalb für zweifelhaft, ob die Tagesordnung der Kammer die Regierung und die Armeeverwaltung in Zukunft gefügiger machen werde.

Bei der Abstimmung über das Budget für die Monate Juli, August und September in der französischen Deputiertenkammer gab die sozialistische

Partei eine Erklärung ab, um ihr Eintreten für diese Kredite zu begründen. Die Erklärung besagt u. a.: „Die sozialistische Partei bewilligt die Ausgaben, weil sie zu allen Anstrengungen und zu allen Opfern bereit ist, um die Integrität des französischen Gebietes zu sichern, um für Elsaß-Lothringen die Wiederherstellung des im Jahre 1871 mit Füßen getretenen Rechtes zu erlangen, um die vollständige politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens und Serbiens zu sichern und um die Gewißheit eines dauernden Friedens zu erwerben.“ Die Erklärung führt weiter aus, daß die Sozialisten manche Kritik an der wirtschaftlichen und politischen Führung des Krieges und an der mangelnden Einheit in der militärischen und diplomatischen Tätigkeit der Regierung zu üben hätten; sie weist jedoch auf die Friedensrede von Bethmann Hollweg und die Antwort Asquiths hin und bedauert, daß die französische Regierung nicht ebenfalls das Wort ergriffen habe, denn diese Unterlassung des französischen Ministerpräsidenten könne dazu beitragen, das Ansehen des Reichskanzlers vor dem deutschen Volke zu stützen. Schließlich legt die Parteierklärung Verwahrung dagegen ein, daß die Pläne einer wirtschaftlichen Allianz unter den Ländern der Entente zu einem übertriebenen Protektionismus zum Schaden der Arbeiterklasse ausgenützt werden könnten.

Die „Times“ berichtet unterm 16. d. M., daß in Kürze Plakate in den Nationalfarben angeschlagen werden sollen, die folgenden Inhalt haben: „Freundlich geinante Ausländer können sich jetzt zu denselben Bedingungen zum britischen Heer anwerben lassen wie britisch geborene Untertanen. Alle Ausländer von militärischem Alter, die einige Zeit in diesem Land gewohnt haben, und die gern helfen möchten, sollten auf das nächste Werhebureau gehen! Russische Untertanen jüdischen Glaubens sollten entweder auf ihr eigenes Rekrutierungsbureau gehen, oder nach New St. Smith's Lane. Das jüdische Kriegsdienstkontingent wird ihnen zum Eintritt verhelfen und sie in ein Regiment schicken, wo sie Freunde finden.“ Der Aufruf endet: „Widersteht nicht, sondern kommt sofort und tut eure Pflicht gegen das Land, das ihr zum Aufenthalt erwählt habt.“

Man kann sich nur wundern, daß es tatsächlich in England noch Menschen gibt, die bis jetzt so „pflichtvergessen“ waren, nicht für England zu sterben oder wenigstens in den Krieg zu ziehen. Der Zweck der Plakate ist, durch den Druck der öffentlichen Meinung auch die Unbeteiligten zu zwingen sich zu opfern. Ob die Herrschaften ihren Zweck erreichen werden? Wir möchten es stark bezweifeln.

Im eigenen Heim in Bukarest hielten die Sozialisten eine öffentliche Versammlung ab, in welcher die Redner auf die Propaganda für den Eintritt Rumäniens in den Krieg hinwiesen, die von den Nationalisten seit einiger Zeit wieder mit besonderer Schärfe aufgenommen sei und es notwendig mache, daß die Volksmassen, die vom Kriege nichts wissen wollten, ihrerseits für ihre Auffassung mit allen zulässigen Mitteln eintreten. Die Redner betonten, daß die rumänische Sozialdemokratie keinen Krieg wolle. Ein weites Arbeitsgebiet des rumänischen Volkes liege in der Lösung vieler innerer Fragen, die von größerer Bedeutung sei, als die künstliche Propaganda der Nationalisten.

unabhängig erklären würde. Im Hafen von Shanghai liegen 4 Kreuzer und 4 andere Schiffe unter Li Ting Shin, in den anderen Häfen sind 18 Schiffe, deren Haltung ungewiß ist.

Die Berliner chinesische Gesandtschaft teilt mit: Das Auswärtige Amt in Peking meldet: Die Provinzen, die sich für unabhängig erklärten, erkennen einstimmig den neuen Präsidenten an. Kanton, Szechuan und Shenji machten ihre Unabhängigkeitserklärung rückgängig. Die Regierung ist im Begriff, die von den Südprominzen wiedererlangte Verfassungs- und Parlamentsfrage einer Lösung entgegenzuführen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 28. Juni.

Freie Exemplare der Zeitungen.

Die Verordnung des Bundesrats über die Beschränkung des Papierverbrauchs der Zeitungen macht auch eine erhebliche Einschränkung in der Abgabe von Freie Exemplaren notwendig. Nach der Verordnung dürfen Freie Exemplare nur noch an Mitarbeiter sowie an Lazarette und Soldatenheime abgegeben werden, jedoch nur in einem Exemplar. Wir können also unsere Lazarette nicht mehr in der Weise versorgen wie bisher, sondern müssen uns bei der Lieferung an unsere Lazarette auf ein Exemplar beschränken. Die Expedition des „Lübecker Volksboten“ ist jedoch geru bereit, weitere Exemplare zu einem Vorzugspreise an Lazarette und Soldatenheime abzugeben.

So liebhaft wir bedauern, den vielen Freunden, die sich der „Lübecker Volksbote“ unter unseren Soldaten erworben hat, nicht weiter entgegenkommen zu können, so müssen wir doch den Verhältnissen Rechnung tragen. Hoffen wir, daß wir bald zu einem dauerhaften Frieden kommen, der die Beschränkungen der erwähnten Art überflüssig macht!

Gegen den Schund in Liebesgaben und Erziehungsmitteln. Gegen unerfreuliche Vorkommnisse im Lebensmittelverkehr richten sich zwei Verordnungen, die der Bundesrat gestern beschlossen hat. Die minderwertigsten Erzeugnisse haben im Kriege, auch als Liebesgaben, immer wieder zu hohen Preisen Absatz gefunden, weil sie unter geschickter zuträglichem Schilderungen oder Benennungen zum Verkauf kommen, die, ohne gegen bestehende Gesetze zu verstoßen, objektiv unrichtige Vorstellungen über Eigenschaften, Zusammensetzung, Bestimmung, Wirkung oder dergleichen hervorzurufen. Dem Treiben derjenigen, die mit untauglichen Streck- oder Erziehungsmitteln und verwerflichen Rezepten die Bevölkerung ausbeuten, soll nun entgegengetreten werden. Es ist fortan verboten, Nahrungsmittel und Genussmittel, auch wenn sie als nachgemacht oder verfälscht nicht anzusehen sind, unter Bezeichnungen oder Angaben in den Verkauf zu bringen, die zur Täuschung geeignet sind. Die Strafanforderung trifft auch die reklamierbaren Angebote und Zeitungsanforderungen von Lebensmitteln und die Prospekte usw. mit löblichen Angaben, die nichts Unwahres enthalten und dennoch den Leser irreführen. Angebliche Erziehungsmittel für Butter oder Schmalz, die in Wahrheit weit entfernt sind, Gleiches oder Ähnliches wie diese Fette für die Ernährung zu leisten, und nur zur Vergeudung wertvoller Stoffe führen, dürfen künftig nicht mehr hergestellt oder vertrieben werden. Endlich sind für Margarine, die man vielfach stark mit Wasser verfälscht, unter Verletzung der gegenwärtigen Herstellungsbedingungen, die Grenzen, bis zu denen äußerstenfalls der Fettgehalt sinken und der Wassergehalt steigen darf, auf 76 Prozent und 20 Prozent festgesetzt.

Das Lübecker Hochofenwerk und der Tariflohn der Maurer. Auf dem Lübecker Hochofenwerk sind in der letzten Zeit mehrfach Maurer eingestellt worden, aber zu Bedingungen, die den anerkannten tariflichen Abmachungen nicht entsprechen. Nach dem Anerbieten des Werkes sollen Maurer erhalten für die wöchentliche Schicht einen Schichtlohn von 5 Mark, Ueberstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag zu 50 Pfg. Stundenlohn verrechnet. Für die Vorkantung des Werkzeuges wird eine monatliche Entschädigung von 5 Mark gezahlt. Weiter gewährt das Werk eine monatliche Feuerungszulage von 10 bzw. 15 Mark, eine Alterszulage für Vorkantente von 9 Mark, für Ledige von 6 Mark, eine Kinderzulage von 5 Mark für das erste und 2 Mark für jedes weitere Kind. Die verschiedenen Zulagen mögen ja auf den ersten Blick für manchen etwas Verlockendes haben, doch erhält man ein ganz anderes Bild, wenn man den hier gültigen Tariflohn zum Vergleich heranzieht. Dieser beträgt ab 1. Juli 80 Pfg. bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit, vom 1. September ab 82 Pfg. Bei wöchentlich 48 Stunden Arbeitszeit, die natürlich nicht tarifmäßig wäre, würde das 9,60 Mark resp. 9,84 Mark täglich ausmachen, also bald doppelt soviel wie der Schichtlohn, den das Werk zugrunde legt. Gerade in dieser schweren und teuren Zeit, die auf alle drückt, gewiß auch auf die gegenwärtig ebenfalls nicht auf Kosten gebeteren Maurermeister, sollte ein großes gut rentierendes industrielles Werk wie das Hochofenwerk nicht versuchen, die Tariflöhne, welche von den Handwerkern gezahlt werden, in seinem Betriebe auszuscheiden. Die Preise aller Lebensbedürfnisse sind doch so gewaltig gestiegen, daß auch der tarifmäßige Lohn zur Vorkantung des notwendigen Lebensunterhalts nicht ausreicht. Wir wollen bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß bei der Gründung des Werkes dieses an Maurer bei zehnstündiger Schicht 50 Pfg., und nach der letzten Lohnbewegung 55 Pfg. Stundenlohn sowie 5 Mk. Gehaltsgeld monatlich bezahlte, also einen weit höheren Schichtlohn als jetzt in der Kriegszeit. Maurer, die von auswärts hier auf dem Werk in Arbeit getreten sind, können unter diesen Umständen natürlich nicht für zwei Hausstände aufkommen. Es ist dringend notwendig, daß das Hochofenwerk die im Baugewerbe geltenden tariflichen Löhne bezahlt, die schließlich auch von den anderen Unternehmern gewährt werden, die auf dem Werk hantliche Arbeiten auszuführen haben.

Käsepreise. Von der Preisprüfungsstelle wird uns geschrieben: Im Publikum ist annehmend die Ansicht verbreitet, daß der im Inlande hergestellte Käse vielfach unrichtigerweise als Auslandskäse bezeichnet und demgemäß zu höheren Preisen verkauft wird, als sie durch die Bundesratsverordnung vom 13. Januar dieses Jahres für Inlandskäse festgesetzt sind. Hierzu ist darauf hinzuweisen, daß der im Inlande hergestellte Käse nur durch die Zentralerkaufsgesellschaft in Berlin oder mit ihrer Genehmigung und mit der von ihr vorgeschriebenen Kennzeichnung als Auslandskäse in den Verkehr gebracht werden darf. Für seine Kennzeichnung als Auslandskäse sind in der Verordnung des Senates vom 20. Mai dieses Jahres noch besondere Bestimmungen getroffen. Nach den bisherigen Wahrnehmungen ist nicht anzunehmen, daß inländischer Käse fälschlich als Auslandskäse gekennzeichnet und alsdann zu höheren Preisen verkauft wird. Sollten gleichwohl Beobachtungen in dieser Richtung gemacht werden, so kann nur dringend empfohlen werden, dem Polizeiamt oder der Preisprüfungsstelle (Geschäftszimmer: Breite Straße 65 I) hieron Anzeige zu machen, damit alsdann die erforderlichen Feststellungen gemacht werden können.

Eine Aufnahme der Vorräte an Rohtabak und Rippen aus Tabakblättern bei Herstellern von Tabakerzeugnissen, Rohtabak-

Der amtliche Kriegsbericht.

Verlustreiche Angriffe der Franzosen.

WTB. Großes Hauptquartier, 28. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Vom Kanal von La Bassée bis südlich der Somme machte der Gegner unter vielfachem starken Artillerie-Einsatz sowie im Anschluß von Sprengungen und unter dem Schutz von Rauch- und Gaswolken Erkundungsvorstöße, die mühelos abgewiesen wurden.

Auch in der Champagne setzten die Franzosen Unternehmungen schwächerer feindlicher Abteilungen vorwärts von Le Mesnil. Links der Maas wurde am „Toten Mann“ nachts Handgranatenabteilungen des Gegners abgewehrt.

Rechts des Flusses haben die Franzosen nach etwa 12stündiger heftiger Feuerbereitung gestern den ganzen Tag über mit starken, zum Teil neu herangeführten Kräften die von uns am 23. d. M. eroberten Stellungen auf dem Höhenrücken „Kalle Erde“, das Dorf Fleury und die östlich davon anschließenden Linien angegriffen. Unter ganz außerordentlichen Verlusten, durch das Sperrfeuer unserer Artillerie und den Kampf mit unserer tapferen Infanterie sind alle Angriffe restlos zusammengebrochen.

Ein feindlicher Flieger wurde bei Douaumont abgeschossen. Am 25. Juni hat Leutnant Höndorf bei Raucourt (nördlich von Romens) das 7. feindliche Flugzeug, einen französischen Doppeldecker, außer Gefecht gesetzt.

Wie sich bei späterer Untersuchung herausgestellt hat, trifft die Angabe im Tagesbericht vom 23. Juni, unter den gefangenen Angreifern auf Karlsrue hätten sich Engländer befunden, nicht zu. Die Gefangenen sind sämtlich Franzosen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe der Armee des Generals von Linzigen wurde das Dorf Liniewka (westlich von Sokul) und die südlich des Dorfes liegenden russischen Stellungen mit stürmender Hand genommen.

Somit keine wesentlichen Veränderungen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Kürzer Artilleriekämpfe zwischen dem Wardar und dem Dairan-See ist nichts zu berichten.

Oberste Heeresleitung.

Fliegerkämpfe am Rigaischen Meerbusen.

WTB. Berlin, 28. Juni. (Amtlich.) Am 26. Juni zwang ein unserer Marineflugzeuge am westlichen Eingang zum Rigaischen Meerbusen im Kampf mit 5 russischen Flugzeugen eines derselben zur Landung.

Im Verlaufe eines weiteren Luftkampfes, der sich zwischen 5 deutschen und ebensoviel russischen Flugzeugen in derselben Gegend abspielte, mußten 2 feindliche Flugzeuge schwer beschädigt landen.

Eins unserer Flugzeuge ging infolge Treffers in den Propeller auf das Wasser nieder und wurde verrentet. Die Besatzung wurde von anderen deutschen Flugzeugen aufgenommen und nach ihrem heimatischen Stützpunkt gebracht. Obwohl die Flugzeuge heftig durch Zerstoßer beschädigt wurden, sind sämtliche Flugzeuge und Besatzung unverletzt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Händlern und Rohfabrik-Einfuhrfirmen findet am 1. Juli statt. Anzumelden sind die im Eigentum von Herstellern von Tabakerzeugnissen, Rohfabrik-Händlern und Rohfabrik-Einfuhrfirmen befindlichen Vorräte und der für deren Rechnung am 1. Juli 1918 im neutralen und verbotenen Ausland Lagernden beschreibbaren Bestände und der auf dem Transport zu Lande oder zu Wasser vom Ausland nach Deutschland befindlichen Vorräten an Rohtabak und Rippen aus Tabakblättern. Die Fragebogen sind von dem Hauptamt anzufordern, genau zu beantworten und an dieselbe Stelle bis zum 5. Juli 1918 ausgefüllt zurückzusenden. Eine besondere Aufforderung an die einzelnen zur Beantwortung des Fragebogens Verpflichteten erfolgt nicht.

Das Urteil im Schmutzprozess gegen den Rüsscher Fritz Bahls aus Greifswald, der unter der Auflage des Straßenscharbes hand, wurde gestern abend 8 Uhr verkündet. Es lautet wegen Diebstahls auf 1 Jahr Zuchthaus. Unter Einbruch der gegenwärtig zu verhängenden Gefängnisstrafe von 7 Monaten erhält Bahls eine Gesamtstrafe von 1 Jahr und 2 Monaten Zuchthaus, wovon ein Monat als verbüßt erachtet wird.

Die Erhöhung der Zigarettenpreise am 1. Juli. Mit dem 1. Juli tritt die Erhebung des Kriegsaufschlages für die Zigaretten in Kraft, wodurch sich die Zigarettenpreise um 25 bis 30 Prozent erhöhen. Die Zigarettenhändler sind gezwungen, die Preise für Zigaretten sofort mit dem 1. Juli zu erhöhen, da sie alle am 1. Juli in ihrem Besitz befindlichen Zigaretten mit dem Kriegsaufschlag nachversteuern müssen. Wir machen darauf besonders aufmerksam, weil die in dem Besitze der Händler und Großhändler befindlichen Zigarettenpackungen kein Zeichen für die Nachversteuerung erhalten. Erst die nach dem 1. Juli aus den Fabriken gehenden Zigaretten erhalten zunächst eine Aufschrift und später einen besonderen Aufdruck, welcher die Entrichtung und Höhe des Kriegsaufschlages vermerkt. Jede Zigarette, welche nach dem 30. Juni in den Handel kommt, gleichviel ob die Packung einen Steuernormer trägt oder nicht, ist also nachversteuert und der Konsument muß den Kriegsaufschlag zahlen. Eine Ausnahme bilden nur die Vorräte der kleinsten Händler an Zigaretten, falls diese 3000 Stück nicht übersteigen, bleiben sie nachsteuerfrei.

Unjere Kartoffelversorgung. Der Ausschuh für Kriegshilfe schreibt uns: Der Ausschuh für Kriegshilfe hat bereits bekannt gegeben, daß die bedauerliche Einschränkung der Kartoffelabgabe infolge Unregelmäßigkeiten in ihrer Zufuhr notwendig geworden sei. Die Reichsartoffelstelle hat nämlich rund 50 000 Zentner der von ihr zugelegten Kartoffelmengen nicht liefern können. Der Grund liegt vor allem darin, daß Holland plötzlich die Ausfuhr von Frühkartoffeln verboten hat. Es sind dort Ururuben erntend und zur Beruhigung der Bevölkerung erging das Ausfuhrverbot. Merkwürdig ist dabei, daß Holland, aufs Ganze gesehen, gar keine Mangel, sondern einen Ueberfluß an Kartoffeln hat, und man nimmt deshalb wohl nicht zu Unrecht an, daß die grundsätzliche Seunrhigung der dortigen Bevölkerung durch englische Maßnahmen hervorgerufen ist. Weiter hat eine große Menge von Kartoffeln, die in Ungarn aufgekauft war, infolge militärischer Inanspruchnahme der Bahnlitien nicht befördert werden können. Es ist anzunehmen, daß diese Gründe der Kartoffelknappheit bald wieder in Wegfall kommen. Weiter ist zu hoffen, daß die jetzt eingetretene wärmere Witterung das Reizen unserer einheimischen Frühkartoffeln beschleunigen wird. Die Bevölkerung, die die Herabsetzung der Kartoffelration mit einer hoch anguerkennenden Ruhe aufgenommen hat, möge deshalb noch etwas weiter Geduld haben; in etwa zwei Wochen dürfte die Kartoffelknappheit behoben sein.

Konjunkturermittlung sind im Kriege nicht haltbar. Ein Kaufmann, der wegen Preiswunders verurteilt war, hatte in der Revisionsbegründung geltend gemacht, er habe sich nach dem Marktpreis gerichtet und ein den Marktpreis nicht übersteigender Preis könne keinen übermäßigen Gewinn enthalten. Daraufhin hat das Reichsgericht aber am 14. Februar und in einem andern Fall am 10. März entschieden, daß auch in einem dem Marktpreis ent-

sprechenden Preis für den einzelnen Verkäufer ein übermäßiger Gewinn stecken könne. Der Händler um. dürfe beim Handeln durchaus nicht immer die gleichen Preise nehmen, wie andere, und so jedweden Nutzen einheimen, der sich irgend erzielen lasse, sondern müsse, wenn er z. B. billiger eingekauft habe als andere oder wenn der Marktpreis auf einer wucherischen Preistreiberie beruhe, mit seinen Preisen unter dem Marktpreis bleiben. Auch dürfe er Verluste, die bei anderen von ihm geführten Waren, selbst bei solcher gleicher Gattung, zu befürchten seien, nicht auf die von ihm feilgehaltenen oder verkauften Gegenstände auslagern.

pb. Schwachhafte Diebstehle. In der Nacht zum 25. ds. Mts. sind einem in der Schönböckener Straße wohnhaften Lehrer ein kleiner Schinken, zwei Schultern, zwei Seiten Speck und ein halber Schweinestopf gestohlen worden.

pb. Fahrraddiebstahl. Gestern nachmittag ist von der Diele eines Hauses an der Untertrabe ein Fahrrad, Marke Walfare, mit den vom Polizeiamt gelieferten Nummernschildern 10686 gestohlen worden. Das Fahrrad, welches die Fabriknummer 13477 trägt, hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen und gerade Lenkstange.

Schwartzau. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen, Donnerstag, von 5 bis 7 1/2 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Hilprecht „Gasthof Transvaal“ statt.

Hamburg. Die Landesorganisation der Hamburger Sozialdemokraten nahm am 24. Juni in einer vierten Versammlung den Bericht der Preßkommission entgegen, den Genosse v. Elm erstattete. Die Zahl der Abonnenten ist von 75 000 vor Ausbruch des Krieges auf 53 000 gesunken. Die Einschränkung der Gewerkschaftsblätter und anderer Druckaufträge waren weitere Veranlassung für einen ungünstigen Geschäftsabluß. Der Preis der Zeitung mußte von 30 Pfg. auf 35 Pfg. pro Woche erhöht werden. Vor der Preßkommission wurde ein Reglement über das Verhalten der Mitglieder der Preßkommission in Parteifreien und in der Öffentlichkeit zur Debatte gestellt und zum Teil beschlossen. Gegen eine Stimme wurde der Abschluß angenommen: Falls Mitglieder der Preßkommission einen andern Standpunkt als den der Mehrheit bei der Berichterstattung zum Ausdruck bringen wollen, sind sie verpflichtet, dies bei der Erörterung über den zu erstattenden Bericht der Preßkommission mitzuteilen. Einwendungen gegen die tatsächliche und prinzipielle Haltung des „Hamburger Echo“ sind von Mitgliedern der Preßkommission zunächst in der Preßkommission zur Beratung zu bringen. Die Preßkommission hatte sich mit verschiedenen Beschwerden gegen die Haltung des „Hamburger Echo“ zu beschäftigen, die als unüberwindlich zurückgewiesen wurden. Ein Antrag, dem Genossen Dr. Herz als Korreferenten das Wort zu geben, war eingangs der Versammlung abgelehnt worden. Die Genossin Lenz und Genosse Schwarz übten scharfe Kritik an der Haltung des „Hamburger Echo“. Genosse Uhlig verlangte, daß das „Echo“ gegen die Jugendwehrrichtungen, den Sparzwang usw. grundsätzliche Stellung nehme und legte eine dahingehende Resolution vor. Als darauf Genosse Herz das Wort erbat, erklärte der Vorsitzende, daß die Hamburger Polizei auch für die Delegiertenversammlung an dem Redeverbot gegen Genossen Herz festhalte. Die Versammlung beschloß darauf, sich zu vertagen und den Vorstand zu beauftragen, bei der Behörde vorstellig zu werden, daß Herz reden dürfe.

Kiel. Zur Lebensmittelförderung. Der Sozialdemokratische Verein Groß-Kiel hielt am Sonnabend zwei Versammlungen ab, in denen nach Referat der sozialdemokratischen Stadtverordneten Adam und Boller und darauffolgender Aussprache folgende Resolution beschlossen wurde: Die Versammlung erklärt, daß die Lebensmittelförderung der Stadt Kiel in Anbetracht der hiesigen Arbeiterverhältnisse sehr viel zu wünschen übrig läßt. Die Stadtverwaltung wird deshalb dringend erucht, mit aller Energie danach zu trachten, die benötigten Mengen an Lebensmitteln von den Zentralverwaltungenstellen zu erhalten. Von den Reichsinanzen wird gefordert: 1. Beschlagnahme der Herrscheereite in einer Höhe, die eine wesentliche Erhöhung der Brot- und Mehleration für die gesamte Bevölkerung ermöglicht. 2. Beschlagnahme der Kartoffelernte, damit bis zu der nächsten Ernte eine Wocheneration von 10 Pfund pro Kopf sichergestellt wird. 3. Verbot des vorzeitigen Ankaufes der Gemüse- und Obst-ernte durch die privaten Konservenfabriken. 4. Gerechte Verteilung und Festlegung von erwerbsfähigen Höchstpreisen für alle Massenverbrauchsartikel. — Die Verpflichtung der Stadtgemeinde zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Ein Kieler Gemüsegroßhändler hat für die Lieferung von Weizkohl zu dem Preis noch 2 Pfg. für das Pfund als Zubehöln berechnet und sich darauf berufen, daß nach einer Bekanntmachung des Magistrats bei Lieferung von Kohlen und Koks die Anrechnung von Zubehöln zulässig sei. Das Schöffengericht hatte den Gemüsegroßhändler wegen Ueberlieferung der Höchstpreises zu 25 Mk. Geldstrafe verurteilt; auf von ihm eingelegte Berufung erhöhte die Strafkammer die Strafe auf 50 Mk. Interessant ist die Begründung des Urteils der Strafkammer, in der es u. a. heißt: Bei Lebensmitteln dürfe ein Zubehöln nicht aufgeschlagen werden. Bei Feuerungsmitteln sei es etwas anderes, denn diese müsse man in Massen beziehen, Lebensmittel aber nicht. Lebensmittel würden von den Hamstern in Massen bezogen und dann könnten die Hamster sie auch gerne abholen. Wenn ein Händler mit dem feilgelegten Preise nicht auskommen könne, solle er der Stadt den Vertrieb überlassen, denn diese sei verpflichtet, für die Bevölkerung zu sorgen. So sei es auch am dem Gebiete der Kartoffelversorgung, wo man ja leider zu spät und erst nachdem bedauerliche Erregung eingetreten, den Vertrieb durch die Stadt übernommen habe.

Tondern. Ein russischer Kriegsgefangener als Sittlichkeitsverbrecher. Ein schweres Verbrechen hat ein russischer Kriegsgefangener, wie die „Tond. Ztg.“ meldet, in Damnhuus an der Vikumtköter-Tonderner Chaussee begangen. Der Russe, der dort arbeitete, freite einem jungen Mädchen nach. Da dieses jedoch die Absicht des Mannes ahnte, eilte es in wilder Hast nach einer Mergelgrube und sprang in die Tiefe. Der Russe folgte, zog das Mädchen aus dem Wasser und verging sich gräßlich an demselben, so daß es frank darniederliegt.

Güstrow. Wegen Mordes wurde gegen die 21 Jahre alte Schmitzerin Janina Baranowka aus Ratus in Russisch-Polen vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelt. Ihr wurde zur Last gelegt, ihre zweijährige Tochter durch fortgesetzte Mißhandlungen vorsätzlich getötet zu haben. Nach umfangreicher Beweisaufnahme verurteilte die Geschworenen die Frage nach Mord, sprachen hingegen die Angeklagte der fahrlässigen Tötung schuldig. Sie wurde zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Gnoien. Kriegsinvalide und Rittergutsbesitzer. Die „Medlenburgische Volkszeitung“ berichtet: In Langrim hatte bei seinen seit 16 Jahren auf diesem Rittergute wohnenden Eltern der mit seinem künftlichen Bein am Stod eingehende, im Besitze des Eisernen Kreuzes sich befindliche Kriegsinvalide St. Aufenthalt genommen. Wir haben vor kurzem mitgeteilt, wie das Ritterchaftliche Polizeiamt Gnoien — und zwar in völliger Verkennung der Rechtslage — auf Antrag des Rittergutsbesizers Dr. Vonder dem Kriegstrippel St. bei Androhung von Zwangsmiteln aufgegeben hatte, „binnen drei Wochen das Gut Langrim zu verlassen“, weil er zum Verbleiben dorthin „keine Verfügung“ hätte. Wir konnten berichten, daß auf Beschwerde St.'s das Ritterchaftliche Polizeiamt Gnoien vom medlenburgischen Ministerium angewiesen wurde, seiner Verfügung keine weitere Folge zu geben. Inzwischen sind drei Wochen vergangen. Jetzt hat der Rittergutsbesitzer Dr. Vonder durch seinen Rechtsanwalt in Rostock dem Kriegsinvaliden St. folgendes Schreiben zustellen lassen:

Rostock, den 21. Juli 1918.

An den Kriegsinvaliden Herrn St. Langrim b. Gnoien.

Sehr geehrter Herr!

Im Auftrage des Herrn Rittergutsbesizers Dr. Vonder in Langrim fordere ich Sie ergebenst auf, binnen drei Tagen die

Die Lebensmittelfrage.

Die erzwungene Milchpreiserhöhung. Vorige Woche wurde berichtet, daß der Rittergutsbesitzer Schlichter in Erleben bei Erfurt die Lieferung seiner Milch nach der Stadt einstellen wollte, angeblich wegen Unrentabilität. Verhandlungen des Magistrats wegen Zurücknahme der Maßregel waren erfolglos. Die Steifigkeit des Herrn Rittergutsbesitzers hat sich „bewährt“. Im Laufe der Woche wurde vom Erfurter Verein für Säuglingsfürsorge — das Rittergut liefert viele Kinder Milch! — bekanntgegeben, daß die Erlebener Milch den Erfurter Kunden wohl erhalten bleibe, sie müsse aber gegen von dem genannten Verein verausgabte Unweisheiten an bestimmten Verkaufsstellen abgeholt werden, weil die Milch wegen „Arbeitermangel“ nicht mehr ausgefahren werde. Am Sonntag veröffentlichte der Erfurter Magistrat dann noch eine Bekanntmachung, wonach der Höchstpreis für den Liter Kindermilch von bisher 40 Pfg. auf nunmehr 50 Pfg. erhöht wird.

Das ist ein vollkommener agrarischer Sieg. Der Rittergutsbesitzer spart an Arbeitskräften für das Ausfahren der Milch und bekommt außerdem noch 10 Pfg. für den Liter mehr. So wird die Not des Volkes von den „Patrioten“ ausgebeutet.

Die Einschränkung des Fleischgenusses auf dem Lande. In einem Aufrufe im „Kirchlichen Anzeiger“ nimmt das Erzbischöfliche Generalvikariat Köln neuerlich zu den Ernährungsfragen Stellung. Es betont, daß „es dem verständigen und echt patriotischen Sinne der Mehrheit der Bevölkerung“ zu danken sei, wenn sie sich trotz aller Schwierigkeiten verhältnismäßig ruhig verhalten habe. Vielfach sei Unmut erzeugt worden durch Ungleichheiten in der Verteilung und in der Verbrauchsregelung, denn die Einschränkung müsse unbedingt alle Kreise möglichst gleichmäßig erfassen. Während die ländliche Bevölkerung vielfach mit den wichtigsten Lebensmitteln reichlich versehen sei, müßte sich die städtische Bevölkerung größte Entbehrungen auferlegen. Darum sei eine Einschränkung der fett- und fleischlosen Tage notwendig, wodurch größere Vorräte den Städten und Industriegegenden zugeführt werden könnten. Zu diesem Zwecke sollten die Landbewohner ihre Speck- und Schinkenvorräte den Behörden freiwillig zur Verfügung stellen. Die Geistlichen sollten in diesem Sinne von der Kanzel wirken.

Das Einschreiten der Geistlichkeit, das reichlich spät kommt, ist auf dringende Aufforderung bestimmter Zivil- und Militärbehörden zurückzuführen. Ueber seinen Erfolg wird allerdings niemand große Erwartungen hegen; durch bloße Mahnungen ist der länderliche Egoismus nicht zu beseitigen, was der Krieg reichlich bewiesen hat.

Die Gemüse- und Obstnot im Westen. Die Zufuhren von Gemüse in Köln und anderen westlichen Großstädten sind wieder etwas reichlicher geworden; in Köln trafen 17 Waggons ein, die sofort geräumt wurden. Die Maßnahmen der kirchlichen Behörden, vor allem aber die scharfe Drohung des Kölner Gouverneurs, er werde seine Machtmittel gegen die Gemüsebauern rücksichtslos anwenden und auch vor Fortnahme nicht zurückschrecken, haben einige Erfolge gehabt. Freilich tritt gleichzeitig ab 1. Juli eine bedeutende Erhöhung der Gemüse-Richtpreise ein, die die Bauern zu reger Zufuhr anregen soll.

Die Kartoffelknappheit im Westen hält unterdessen an. Vielfach sind die Ersatznahrungsmittel, Graupen, Grieß usw. sehr schnell ausverkauft.

Zur Erklärung der Zentral-Einkaufsgesellschaft auf die Beschwerde des Oberbürgermeisters Dr. Kütz in Zittau sagte dieser in der letzten Stadtverordnetenversammlung: „Die von der Z.-E.-G. auf meine Ausführungen verbriefte Erwidrerung bestätigt das von mir präzipierte Geschäftsgebot der Gesellschaft... Die Firma wagt es des weitern, mich zum Antritt des Wahrheitsbeweises dafür aufzufordern, daß eine von ihr nicht freigegebene Fleischlieferung nach England gegangen ist. Die Z.-E.-G. verkennt

völlig die Bedeutung ihrer Kundgebungen, wenn sie sich zu einer solchen Aufforderung, für besetzt hält. Immerhin will ich im Interesse der Öffentlichkeit, die einen Anspruch auf möglichst genaues Unterrichtetsein in solchen Fällen hat, folgendes mitteilen: Nach Ablehnung der Einfuhr in dem von mir erwähnten Falle erhielten wir von der Stelle, die uns das Fleisch zur Verfügung stellte, die Nachricht: „daß die von Ihnen vorgesehene, indessen von der Z.-E.-G. verweigerten beiden Waggonladungen frisches Schweinefleisch von einem holländischen Lieferanten nach England exportiert wurden.“ Den für die Z.-E.-G. zuständigen Reichsstellen wird das erforderliche Material unterbreitet werden.

Nach einer Erklärung der Zentraleinkaufsgesellschaft. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft wendet sich jetzt auch gegen die vielfachen Angriffe auf ihre Organisation der Obst- und Gemüseausfuhr aus Belgien. Sie erklärt, es sei nicht wahr, daß ihre Obstkongresse aus einer Reihe von Herren besteht, die allein ein Recht hätten, Obst und Gemüse aus Belgien nach Deutschland einzuführen, und die dieses Recht mißbrauchen, indem sie Ware in fremde Distrikte oder ins Ausland senden, statt sie an die deutschen Städte abzugeben, die Verkaufspreise und Nutzen vorzuziehen. Es handele sich vielmehr um ein Konsortium von nunmehr 16 deutschen Obst- und Gemüsehändlern, das für den Fall gegründet worden sei, daß die deutschen Städte, denen das belgische Obst und Gemüse stets in erster Linie zur Verfügung gestellt werde, nicht in der Lage wären, die gesamte Menge abzunehmen. Die Obstkongresse habe während der ganzen Dauer ihrer Tätigkeit regelmäßig ihre Offerten allen Kommunen in Deutschland, die sich für den Bezug von belgischem Obst und Gemüse interessiert haben, gemacht, und entweder an die Kommunalverwaltungen direkt geliefert oder an solche Händler, die durch die Kommunalverwaltungen sich das Recht auf den Bezug dieser Ware hatten geben lassen. Die Funktionen des Konsortiums seien lediglich die eines Beirates von Fachleuten gewesen. — Auch die Behauptung, daß durch die Tätigkeit der Obstkongresse große Mengen Zichorien Gemüse nach Holland geschickt und dort meistbietend in Auktionen versteigert worden seien, statt der deutschen Volksernährung zu dienen, sei völlig aus der Luft gegriffen. Das Zichorien Gemüse sei nahezu restlos nach Deutschland versandt worden. — Von den Treibhaussträuben, die kein Volksernährungsmittel, sondern ein Luxusartikel sind, seien allerdings große Quantitäten nach Holland geschickt worden. Diese Maßregel habe die Obstkongresse im Auftrage der deutschen Verwaltung in Belgien vorgenommen. Die durch den Verfall eines für Deutschland entbehrlichen Genußmittels nach Holland zu sehr günstigen Bedingungen beschafften holländischen Zahlungsmittel seien zum Erwerb von Steat- und anderen Rüben benutzt worden, die ausnahmslos den deutschen Kommunen zugeführt worden seien.

Die neuen Maßnahmen für die Lebensmittelversorgung.

Ein Vertreter des „Berliner Tageblattes“ hat eine Unterredung mit dem Präsidenten des Reichsernährungsamtes v. Batocky gehabt, in der dieser dargelegt hat, welche Maßnahmen für die Lebensmittelversorgung das Reichsernährungsamt in Aussicht genommen hat. In dieser Unterredung erklärte der Herr von Batocky folgendes:

Eine Verringerung der Brotgetreidepreise ist ausgeschlossen, Hafer und Gerste werden niedrigere Preise erhalten. Die Höhe steht noch nicht fest. Dagegen sollen, um im August und September die Brottration für Arbeiter zu erhöhen zu können, angemessene Zuschläge als Druckprämien für August bewilligt werden. Es soll dadurch eine möglichst schnelle Ablieferung des Getreides von den in dieser Zeit stark mit Arbeit belasteten landwirtschaftlichen Betrieben erreicht werden. Die Kartoffelverordnung wird auf Grund eingehender Beratungen im Vorhinein des Kriegsernährungsamtes und in der Versammlung der bundesstaatlichen Vertreter nächster Tage erlassen werden. Sodann schweben Erwägungen im Kriegsernährungsamt über eine allgemeine Rationierung des Fleischbedarfes der Zivilbevölkerung (Reichsfleischkarte). Ein starker Anbau der Delikatessen soll durch Festsetzung eines gleich-

bleibenden, lohnenden Preises schon für die Ernte 1917 unter Einräumung des Rechts auf Rücklieferung eines Teiles der Viehrückstände für Kleinbetriebe, die Haushaltsöl selbst auszulagern gewohnt sind, gefördert werden.

Dann äußerte sich Herr v. Batocky über die Butter-, Fett- und Fleischversorgung. Die Verteilung von Butter und Fett sei bisher sehr ungleichmäßig gewesen. Eine gleichmäßige Versorgung sei geboten und das Kriegsernährungsamt werde daher in einer Reichsstelle die Maßnahmen zusammenlaufen lassen, durch die für eine zweckmäßige Verteilung von Butter, Margarine und Fett gesorgt werden soll. Durch Zuwendung von Futtermitteln an die Molkereien zur Weitergabe an die Landwirte soll eine möglichst große Steigerung der Butter- und Milchproduktion erreicht werden. Der Fleischmangel sei auf die völlige Futternot zurückzuführen. Eine Besserung der Verhältnisse stünde in Aussicht. Die Berücksichtigung, daß der Zucht- und Milchviehbestand vernichtet würde, sei grundlos. Die Milchviehbestände würden nur in geringem Prozentsatz angegriffen und nur hinsichtlich solchen Viehes, das für die Milchleistungen weniger in Frage käme. Der Zuchtviehbestand würde geschont, die Zahl des Jungviehes hätte sich gehoben. Demgegenüber sei die Zahl der Schweine erheblich geringer geworden. Um die Versorgung der Großstädte mit Milch und Fleisch sicherzustellen, würden Futtermittel mit der Verpflichtung abgegeben werden, Schweine in bestimmtem Gewicht und in bestimmter Menge zu liefern. Das Hausfleischverbot soll auf keinen Fall wieder eingeführt werden. Eine übermäßige Einschränkung mit Fleisch soll durch Anmelde- und Genehmigungsbestimmungen verhindert werden. Bei einer Rationierung des gesamten Fleischbedarfes müßten selbstverständlich die durch Hausfleischung gewonnenen Vorräte angerechnet werden, den Inhabern von Hausfleischwaren müßte dann ein kleiner Teil der Fleischmärkten belassen werden, damit sie gelegentlich frisches Fleisch antauchen können. Daß man im Juli und August den Fleischgenuß völlig verbiete, sei nicht zu befürchten, anders liege die Frage, ob man nicht im September dazu schreiten soll, wenn man eine zuverlässliche Uebersicht über die neue Ernte hat. Ein solcher Beschluß darüber könne noch nicht gefaßt werden. Nach dem Ausfall der Ernte würde es sich richten, ob man die bestehende Rationierung beim Getreide beibehalten oder, was sicher zu hoffen sei, wenigstens der schwer arbeitenden Bevölkerung eine größere Menge auf den Kopf werde geben können. Die Einführung von Massenpreisen hält Herr v. Batocky für sehr erwünscht. Schließlich sprach der Präsident des Reichsernährungsamtes noch davon, daß das Kriegsernährungsamt die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft übernehmen werde. Im Herbst und Winter werde man sich ernstlich mit dieser Frage befassen. Es handele sich dabei um einen Ausgleich zwischen Einfuhr und Ausfuhr, damit unsere Baluta nicht weiter ungünstig beeinflusst werde. Das eine könnte schon gesagt werden, daß wir mit allen Kräften danach streben müßten, uns in unseren landwirtschaftlichen und Rohstoffprodukten vom Auslande unabhängig zu machen. Man müsse zum Beispiel auch an eine kräftige Förderung des Anbaues von Delikatessen denken, damit eine solche Produktivität wie augenblicklich nicht mehr möglich sei. Die Produktion von Delikatessen müßte dann allerdings durch hohe Preise unter-

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Landrat gegen die Ausübung der Bantounjunktur zur Lohnsteigerung. Der Landrat des Kreises Stallupönen erläßt folgende Verfügung: „Es sind mir verschiedene Fälle gemeldet worden, wonach Bauhandwerker durch höhere Lohn- und Preisforderungen veranlaßt wurden, aus ihren bisherigen Arbeitsstellen auszutreten. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Löhne für den Wiederaufbau tarifmäßig festgelegt sind. Zur Verbesserung von Lohnverhältnissen hat der Oberpräsident der Provinz Preußen im Einvernehmen mit dem organisierten Bauhandwerk mehrere Anweisungen ergehen lassen. Danach dürfen bei der Berechnung der Staatsleistungen höhere als die Tariflöhne, unter Anerkennung eines angemessenen Zuschlages für die Ausgaben und den Gewinn des Unternehmers, nicht zugrunde gelegt werden. Etwasige Mehrbeträge haben die Bauherren aus eigener Tasche zu zahlen. Wenn Fälle bekannt werden, daß Bauherren, welche in eigener Regie bauen oder ein Unternehmen durch Lohnüberbietungen anderen, den Tariflöhnen zahlenden Unternehmern der Provinz Arbeit fortrahieren oder fortzunehmen versuchen, so werden Vorentscheidungsmaßnahmen für solche Baufälle in jedem Falle zurückgehalten und diesen Unternehmern fortan unterlagt. Bau- und Wiederaufbauarbeiten sollen unter Beachtung der Tarifbestimmungen durchgeführt werden.“

Mein Onkel Benjamin.

Erzählung von Claude Tillier.

2. Fortsetzung.

Teufel! Sie ist ein recht widerpenfziger Patient. Wohl! So wollen wir uns vergleichen: ich zapf Ihr kein Blut ab, und Sie zapf uns die achte Flasche.

Kein Glas voll hol ich.

So muß ich sie also selber holen, sagte Benjamin, nahm die Flasche, und ging dem Keller zu.

Seine Großmutter, die kein besseres Mittel sah, ihn auszuhalten, hing sich an seinen Zopf; aber Benjamin, ohne dieien Zwischenfall einer Beachtung zu würdigen, ging so festen Schrittes in den Keller, als ob er nur einen Büschel Zwiebel am Zopfe hätte und kam mit der vollen Flasche zurück.

Nun! meine teure Schwester, das war wohl der Mühe wert, selbender in den Keller zu gehen wegen einer elenden Flasche weissen Weines. Ich muß Ihr übrigens bemerkllich machen, daß, wenn Sie in dieser schlechten Gewohnheit verharret, Sie mich nötigen wird, meinen Zopf abzumachen zu lassen.

Benjamin indes, der noch vor einem Augenblick den Weg nach Carvol als eine unerträgliche Frohn betrachtet hatte, setzte sich nun in den Kopf, zu geben. Seine Großmutter hatte, um ihm die Möglichkeit abzuschneiden, seine Schuhe in den Schrank geschlossen.

Ich sag dir, daß ich gehe!

Ich sag dir, daß du nicht gehst!

Will Sie, daß ich Sie bis zum Herrn Ringet an meinem Weibel trage?

So lautete das Zwiegespräch zwischen Bruder und Schwester, als mein Großvater kam. Er machte dem Wortweibel ein Ende, indem er erklärte, daß er am folgenden Tage in der Nähe zu tun habe und Benjamin mitnehmen werde.

Mein Großvater war schon vor Tag auf den Füßen. Nachdem er seine Vorladung gekriegt und drunter gedrückt hatte: kostete zwei Taler, vier Groschen und sechs Pfennige, wählte er die Feder auf dem Ferkel seines Heberrodes aus, steckte seine Wille sorgfältig in ihr Futteral und ging, am Benjamin zu wecken. Dieser schlief wie der Prinz von Conde — wenn sich der Prinz nicht bloß schlafend stellte! — am Vorabend einer Schlacht.

Holla! he! Benjamin, auf! es ist heller Tag.

Du täuschst dich, antwortete Benjamin mit Gebrumm, indem er sich nach der Wandseite lehnte, es ist schwarze Nacht. Heb den Kopf in die Höhe und du kannst den Sonnenschein auf dem Fußboden sehen.

Ich sage dir, daß ich nichts, als Laternenleuchten.

Natürlich! Willst du vielleicht nicht gehen?

Nein, es hat mir die ganze Nacht von hartem Brot und Tresterwein geträumt, und wenn wir uns auf den Weg machen, könnte uns ein Unglück zustoßen.

Schon! Ich erkläre dir nur, wenn du in zehn Minuten nicht auf bist, so schide ich dir deine liebe Schwester; wenn du dagegen aufstehst, so stich ich den Vierling Alten an, der dir wohl bekannt ist.

Du bist sicher, daß es echter Fouilla ist, nicht wahr? sagte Benjamin, indem er sich aufsetzte: du gibst mir dein Ehrenwort?

Ja, Treu und Glauben eines Gerichtsboten!

Wem das ist, so stich deinen Vierling an; aber das sag ich dir zum voraus, wenn uns unterwegs ein Unglück passiert, so hast du es bei meiner lieben Schwester zu verantworten.

Eine Stunde später waren mein Onkel und mein Großvater auf dem Wege nach Mulot. In einiger Entfernung von der Stadt begegneten sie zwei kleinen Bauernjungen, wovon der eine einen Stallhahn unter dem Arme hatte, während der andere zwei Hühner in seinem Korbe trug.

Wenn du zum Herrn Klapper sagst, daß mein Hase ein Feldhase ist, und daß du gesehen hast, wie ich ihn in der Söhlunge fang, so bist du mein Kamerade.

Ich will wohl, antwortete der Angeredete, aber unter der Bedingung, daß du zur Frau Schnarre sagst, meine Hühner legen zweimal des Tages und Eier so groß wie Enteneier.

Ihr seid zwei kleine Gauner, sagte mein Großvater, ich werde euch nächster Tage vom Herrn Polizeikommissar bei den Ohren fallen lassen.

Und ich, meine Freunde, sagte Benjamin, ich erlaube euch, ein Groschenstück per Mann von mir anzunehmen.

Das ist einmal eine Freigebigkeit am rechten Orte, sagte mein Großvater, indem er die Achseln zuckte. Du wirst wahrscheinlich dem ersten anständigen Arzten, der uns begegnet, denen flachen Degen zu kosten geben, da du dein Geld an diese beiden Tange-nichtse wegwirfst.

Tangenichtse für dich, Beistruß, der nichts als das Häutchen der Dinge sieht: für mich sind es zwei Philosophen. Sie haben jochen eine Maschine erfunden, die, wohlorganisiert, das Glück von zehn ehrlichen Leuten machen könnte.

Und was ist das für eine Maschine, fragte mein Großvater mit ungläubiger Miene, welche diese beiden Philosophen erfunden haben, die ich durchwandern würde nach Noten, wenn wir Zeit hätten, uns anzuhalten?

Diese Maschine ist einfach, sagte mein Onkel. Wir sind zehn Freunde, die, anstatt zusammenzukommen um zu frühstücken, zusammenschließen um ihr Glück zu machen.

Das ist wenigstens der Mühe wert, zusammenschließen, unterbrach mein Großvater.

Wir sind alle zehn intelligent, wir sprechen aus einem hohen Tone, wir handhaben das Wort mit derselben Geschicklichkeit wie der Tajahnspieler seine Mustatnisse. Was die Moralität der Sache betrifft, so sind wir alle fähig in unserer Profession, und Leute von gutem Willen können, ohne sich bloßzustellen, behaupten, daß wir mehr taugen, als unsere Kollegen. Wir bilden in aller Treu und Redlichkeit eine Gesellschaft, um uns gegenseitig zu preisen, um unser bescheidenes Verdienst zum Schäumen, Sprudeln und Blasenblasen zu bringen. Da hast du neun lebendige Reklamen, die sich überall einschleichen, die morgen in einer anderen Form wiederholen, was sie heute gesagt haben; neun Anschlagzettel, welche sprechen, welche die Vorübergehenden beim Arme halten; neun Aushängerschilder, die streiten, die dir mit Dilemmas und Schlüssen zu Leibe gehen, und sich lustig über dich machen, wenn du nicht ihrer Meinung bist. Dies hat zur Folge, daß der Ruf der zehn Freunde, welcher innerhalb der Markung ihrer kleinen Stadt mühsam umtröh, wie ein Adokat in einem Zirkel ohne End plötzlich einen schwindelnden Aufschwung nimmt. Er dehnt sich aus, wie ein Gas, wenn man das Gefäß öffnet, in welchem es verschlossen war. Er verbreitet sich über die ganze Provinz. Klienten strömen diesen Leuten zu aus allen Teilen des Regierungskreises; sie kommen von Süd, Nord, Ost und West, wie in der Apokalypse die Auserwählten nach der Stadt Jerusalem. Nach Verlauf von fünf, sechs Jahren sieht Benjamin Rathern an der Spitze eines hübschen Vermögens, das er mit großem Lärm von Gläsern und Flaschen in Gastereien verausgabt. Du, Beistruß, trägt keine Vorladungen mehr aus — ich laufe dir eine Amtmannschaft. Deine Weib ist mit Seide und Spitzen bedeckt wie eine Heilige in der Kapelle. Dein Aeltester, der schon Ministrant ist, tritt ins Seminar. Dein Zweiter, der schwachlich ist und gelb wie ein Kanarienvogel, studiert die Medizin; ich tret ihm meinen Ruf ab, meine alten Kunden, und verhält ihn mit roten Träden. Aus deinem Jüngling machen wir einen Rechtsverdreher. Deine älteste Tochter ehelicht einen Mann der Feder; deine jüngere verheiratet wir an einen dicken Geldproten, und am folgenden Tage stellen wir die Maschine in die Kumpelkammer.

Ja, aber deine Maschine hat einen kleinen Fehler, sie ist nicht für ehrliche Leute eingerichtet.

Warum das?

Weil ihre Wirkung eine unethische ist. Könntest du mir dieses mit also und folglich beweisen? Geh mir zum Kaduk mit deinem also und folglich. Du bist ein Gelehrter und urteilst mit deinem Verstande; ich bin ein armer Gerichtsbote und fühle mit meinem Gewissen. Ich behaupte, daß jeder, der sein Vermögen durch andere Mittel als seine Arbeit und seine Talente erwirbt, nicht der rechtmäßige Besitzer desselben ist. (Fortsetzung folgt.)

